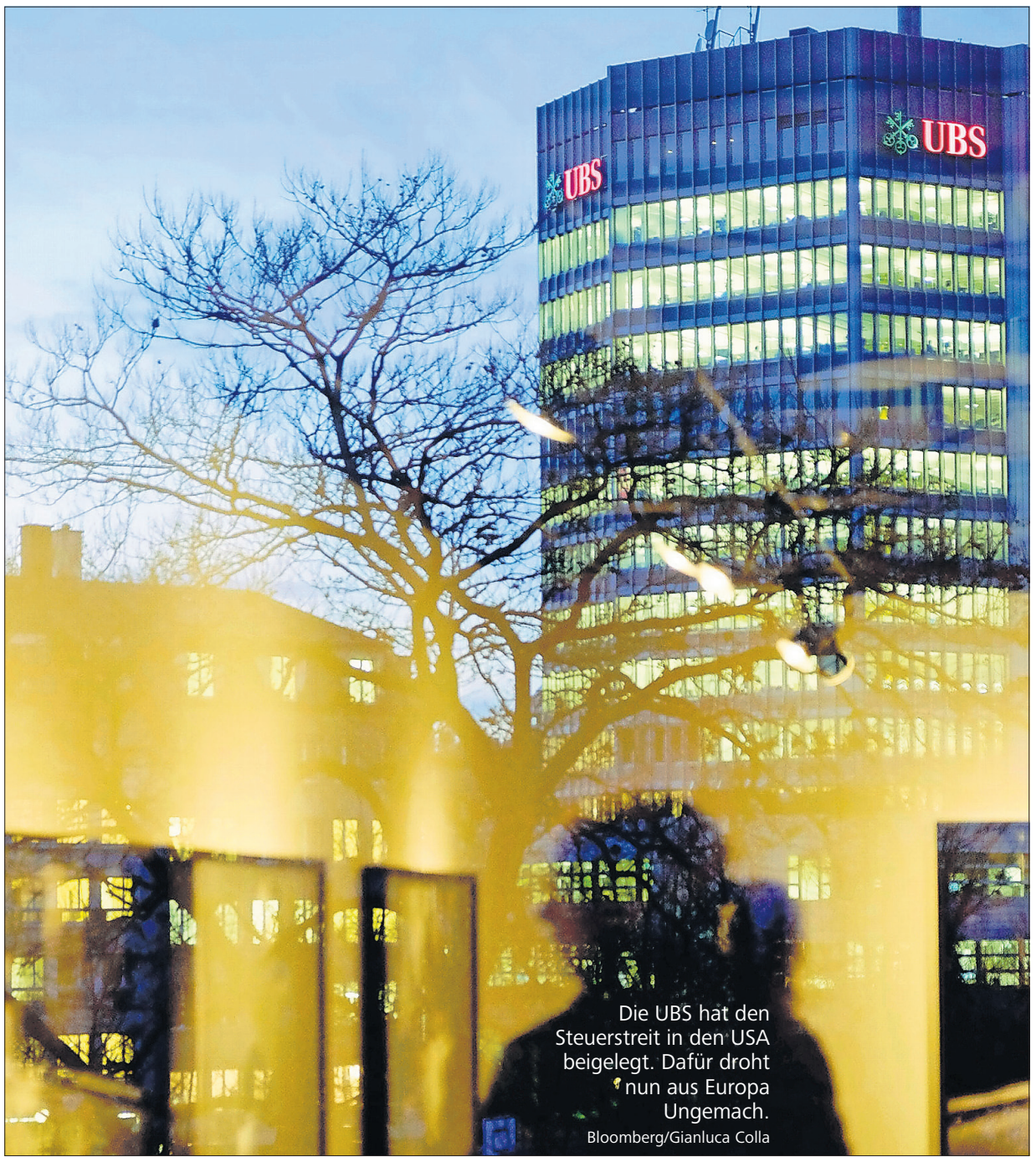
In Frankreich droht neues Ungemach

FINANZPLATZ Die UBS soll sich mit der deutschen Justiz auf einen Vergleich geeinigt haben. Finanzexperte Peter V. Kunz über die Altlasten der Schweizer Banken und neue Gefahrenherde in Frankreich.

INTERVIEW HANS-PETER HOEREN
hans-peter.hoeren@luzernerzeitung.ch



Die UBS hat den Steuerstreit in den USA beigelegt. Dafür droht nun aus Europa Ungemach.
Bloomberg/Gianluca Colla

Die Grossbank UBS soll sich mit den deutschen Justizbehörden auf die Zahlung einer Busse im Umfang von 180 bis 200 Millionen Euro geeinigt haben. Dies berichtete die «Süddeutsche Zeitung» in ihrer gestrigen Ausgabe. Damit wolle sich die Bank im Zusammenhang mit Ermittlungen wegen mutmasslicher Beihilfe zur Steuerhinterziehung freikaufen. Auslöser war der Ankauf einer gestohlenen Steuer-CD mit Informationen über Kunden der Bank im Jahr 2012 durch die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung. Die UBS wollte sich auf Anfrage gestern nicht zu dem Bericht äussern. 180 bis 200 Millionen Euro wären der höchste Betrag, den ein ausländisches Geldinstitut jemals in Deutschland wegen mutmasslicher Beihilfe zur Steuerhinterziehung hätte zahlen müssen. Julius Bär und die Credit Suisse hatten in den Vorjahren Vergleiche über 50 respektive 150 Millionen Euro geschlossen.

Peter V. Kunz, die UBS soll vor einem Vergleich mit der deutschen Justiz stehen, heute Mittwoch muss CS-Chef Brady Dougan vor einem Senatsausschuss in den USA aussagen. Steht der Schweizer Finanzplatz vor dem endgültigen Befreiungsschlag?

Peter V. Kunz: Dass diese Meldungen zusammentreffen, ist Zufall. Es handelt sich hier nicht um eine konzertierte Aktion zwischen Deutschland und den USA. Die Meldungen zeigen aber, dass die Bereinigung der Altlasten für den Finanzplatz noch nicht zu Ende ist. Bei den Auseinandersetzungen mit einigen europäischen Staaten befinden wir uns noch mittendrin mit offenem Ausgang. Die ganze Problematik wird die Banken noch einige Jahre beschäftigen.

Mit den USA gibt es ein Programm des Justizministeriums für die Schweizer Banken. Doch wie viel Altlasten gilt es für den Finanzplatz in Europa noch zu bewältigen?

Kunz: In den USA läuft die Bereinigung innerhalb eines Programms ab, das Ganze ist koordiniert und strukturiert. Die rund 100 Schweizer Banken, die sich in Gruppe 2 des US-Bankenprogramms befinden, wissen bereits in etwa, mit welchen Bussen sie rechnen müssen. In Europa hingegen müssen sich die Schweizer Grossbanken und einige Privatbanken mit den einzelnen Staaten auseinandersetzen. Das läuft relativ unkoordiniert ab. In Deutschland beispielsweise werden die Vergleiche mit den jeweiligen Bundesländern und den Strafverfolgungsbehörden ausgehandelt.

Laut Medienberichten hat sich die UBS mit der deutschen Justiz auf eine Busse von bis zu 200 Millionen Euro geeinigt. Wie glaubhaft ist das?

Kunz: Ich bin überzeugt, dass die UBS noch in diesem Jahr einen Vergleich in Deutschland schliessen kann. Für beide Seiten ist ein Vergleich von eminentem Interesse. Die Bussen stellen stattliche Einnahmen für die Bundesländer dar, gleichzeitig hat Deutschland ein Interesse mit Blick auf allfällige Verhandlungen mit der Schweiz etwa über ein Doppelbesteuerungsabkommen. Es wäre aber eine Illusion, zu glauben, dass damit die restlichen Banken aus dem Schneider wären. Ich denke, es gibt noch einige Privatbanken, denen in Deutschland eine Busse drohen könnte.

Für wie realistisch halten Sie die kolportierte Busse für die UBS in Höhe von bis zu 200 Millionen Euro?

Kunz: Mit der Verwendung dieser Zahl wäre ich zurückhaltend. Ich gehe davon aus, dass sich beide Seiten annähern. 200 Millionen Euro müssen überhaupt nicht stimmen. Die Summe kann auch von einer Verhandlungsseite bewusst gestreut worden sein, um öffentlich Druck auszuüben und Erwartungen zu signalisieren. Ob und wie hoch eine Busse in Deutschland ist, liegt massgeblich im Ermessen der Strafverfolgungsbehörden. Dort ist der Verhandlungsspielraum für beide Seiten höher als beispielsweise mit der US-Justiz.

Auch in Italien und Frankreich laufen Ermittlungen gegen die UBS. Welche Risiken lauern dort für den Schweizer Finanzplatz?

Kunz: Es laufen in der Tat in einigen europäischen Staaten strafrechtliche Untersuchungen gegen die UBS beziehungsweise UBS-Mitarbeiter. Hier besteht eine grosse Rechtsunsicherheit, was auf die Schweizer Banken zukommt. Das Hauptproblem der Schweizer Banken dürfte in Zukunft Frankreich werden. Dort droht in Europa die potenziell gefährlichste Auseinandersetzung für die Schweizer Banken.

Warum?

Kunz: Frankreich hat verschiedene Untersuchungen gegen einzelne Banken eingeleitet, ohne dies im Detail zu kommunizieren. In Frankreich gibt es beispielsweise den Verdacht, UBS-Mitarbeiter hätten Kunden angestiftet, undeklarierte Gelder in die Schweiz zu transferieren.

Die betroffenen Kundenvermögen aus Frankreich dürften viel geringer sein als diejenigen aus Deutschland oder den USA.

Kunz: Das ist korrekt. Hier gilt aber, dass die Begehrlichkeiten wachsen, wenn man den anderen beim Essen zuschaut. Frankreichs Regierung verfolgt sehr genau, welche Bussgelder an Deutschland und die USA fliessen. Die sozialistische Regierung dürfte hier weniger zimperlich mit Schweizer Banken umgehen und versuchen, Einnahmen aus Bussen für Frankreich zu generieren.

Schauen wir in die USA. Heute steht CS-Chef Brady Dougan vor einem US-Senatsausschuss. Welchen Stellenwert hat diese Anhörung?

Kunz: Dass ein Chef einer US-Bank vor einen politischen Ausschuss zitiert wird, gehört in den USA zum Alltagsgeschäft. Dass aber der CEO einer ausländischen Grossbank vorgeladen wird, hat durchaus eine grosse Signalwirkung.

Inwiefern, auch UBS-Verantwortliche mussten mehrfach vor US-Ausschüssen antreten?

Kunz: Ja, aber bei der UBS musste nicht der Big Boss antreten. Auch Vertreter des US-Justizministeriums sind bei der Einvernahme von Brady Dougan vor Ort. Je nach Verlauf der Einvernahme könnte der Druck der Politik auf das Justizministerium steigen, die CS und die anderen 13 Banken aus der Gruppe 1 des Bankenprogramms härter anzufassen. Bei diesen Banken ist der Verhandlungsspielraum sehr gross. Hier könnte die Politik versuchen, den Druck auf das Justizministerium zu erhöhen, um möglichst viel aus den Verhandlungen rauszuholen. Ich bin nicht sicher, dass die Banken aus der Gruppe 1 in diesem Jahr einen Vergleich mit den USA erzielen werden.

Wie sollte sich Brady Dougan verhalten?

Kunz: Brady Dougan darf sich sicher nicht entschuldigen wie Mark Branson vor einigen Jahren im Fall UBS. Er wird vermutlich betonen, dass die CS zwar Fehler gemacht hat, aber daraus auch gelernt und ihre Compliance-Vorschriften verbessert hat. Er sollte mit einer gewissen Demut auftreten, darf aber durchaus auch Selbstbewusstsein – nicht Arroganz – zeigen. Die CS befindet sich in einer anderen Ausgangslage als die UBS. Bei der UBS lagen quasi alle Fakten auf dem Tisch, da war die Beweislage relativ eindeutig aufgrund der Aussagen von Bradley Birkenfeld. Das ist bei der CS nicht der Fall.

Wie hilfreich ist die Tatsache, dass Dougan US-Amerikaner ist?

Kunz: Das hilft ihm sehr. Er wird anders auftreten können als manch ein europäischer Bankchef. Er kennt das Prozedere und die Selbstdarstellung gewisser US-Politiker, und er hat keine Sprachprobleme, das macht es psychologisch einfacher.

Peter V. Kunz (49) ist Ordinarius für Wirtschaftsrecht an der Universität Bern.

Der US-Senat will Namen hören

WASHINGTON rrw. Heute muss der Konzernchef der Credit Suisse, Brady Dougan, vor einem Untersuchungsausschuss des US-Senats aussagen. Im Zentrum der Anhörung wird der Vorwurf stehen, die CS habe rund 20 900 amerikanischen Steuerflüchtlingen Unterschlupf geboten. US-Senator Carl Levin eröffnet eine neue Runde in seinem Kampf gegen die Steuerhinterziehung und veröffentlicht einen Untersuchungsbericht, der das Geschäftsgebaren der Credit Suisse (CS) scharf kritisiert. Bis zu 12 Milliarden Franken Schwarzgeld hätten sich auf CS-Konten befunden. Und obwohl die amerikanische Justiz nun schon seit mehr als zwei Jahren gegen die Grossbank ermittle, sei den US-Behörden erst die Identität von 238 dieser Kontoinhaber bekannt.

Senator platzt der Kragen

Von dieser Hinhaltetaktik der Schweizer habe er nun genug, verkündete Levin. Deshalb müssen heute CS-Konzernchef Brady Dougan und drei hochrangige Manager der Credit Suisse vor dem Senatsausschuss aussagen. Ebenfalls zur Anhörung vorgeladen sind zwei Vertreter des US-Justizministeriums. Ihnen will Senator Levin – ein Demokrat – gehörig einheizen. Er wirft ihnen vor, mit dem Finanzplatz Schweiz zu milde umzuspringen. Amerika habe bisher bei der Aufarbeitung des Schwarzgeld-Skandals nur «beschränkten Erfolg» vorzuweisen. Levin: «Wir brauchen Namen. Wir wollen die Steuern eintreiben», die amerikanische Inhaber von Schweizer Bankkonten hinterzogen hätten. Die Untersuchung des Senats gegen die Credit Suisse läuft seit 2011.

Das Resultat dieser Ermittlungen liest sich wie eine Mischung aus Lehrbuch über die unterschiedliche Rechtskultur in der Schweiz und den USA und Agentenkrimi. Denn der Bericht erzählt ausführlich, wie geheimnisumwittert der Umgang mit amerikanischen Kunden in der Schweiz gewesen sei. Diese seien aus Prinzip in der CS-Filiale im Zürcher Flughafen betreut worden, die intern den Codenamen SIOA5 trug. «Es dauerte lange, bis wir endlich herausfanden, was sich hinter dieser Abkürzung verbirgt», sagte eine Mitarbeiterin von Levin gestern.

HINWEIS

Das Senats-Hearing wird heute ab 15.30 Uhr Schweizer Zeit übertragen auf www.hsgac.senate.gov/subcommittees/investigations

Kleine Chronologie des Steuerstreits

2008

19. Juni

Der ehemalige UBS-Banker Bradley Birkenfeld **erklärt sich** vor einem amerikanischen Gericht **für schuldig,** für Kunden der Schweizer Grossbank Geld am Fiskus vorbeigeschleust zu haben.

2009

19. August

Nach einem monatelangen Tauziehen zwischen der UBS, dem Bundesrat und den US-Behörden um die Herausgabe von Namen verdächtiger Kunden einigen sich die Schweiz und die USA auf einen Vergleich. Die **USA erhalten 4450 UBS-Kundendaten.** Die **UBS zahlt** zudem eine Busse von **780 Millionen Dollar.**

2011

Februar

Die **USA haben** neben der Credit Suisse **weitere Banken im Visier,** darunter die HSBC Schweiz, die Basler und Zürcher Kantonalbanken, Julius Bär und die Bank Wegelin.

Dezember

Die **CS** einigt sich aussergerichtlich mit der Staatsanwaltschaft Düsseldorf und **zahlt** im Zusammenhang mit der Steuerhinterziehung deutscher Kunden eine **Geldbusse von 149 Millionen Euro.** Zuvor hatte bereits die Bank Julius Bär 50 Millionen Euro an die deutsche Justiz gezahlt.

2012

27. Januar

Die Besitzer der **Bank Wegelin verkaufen** unter dem Druck der USA ihr **Nicht-US-Geschäft an die Raiffeisen-Gruppe.** Die gesamte Bank war in die Schusslinie geraten.

2013

3. Januar

Die **Bank Wegelin** gibt in den USA ein Schuldgeständnis ab und gesteht damit ein, **Beihilfe zur Steuerhinterziehung** geleistet zu haben. Im März wird das Strafmass bekannt: Die **Busse** beläuft sich auf **74 Millionen Dollar.**

29. Mai

Der Bundesrat verabschiedet ein Gesetz zur Beendigung des Steuerstreits. Es soll die Banken – nach einem Dringlichen Verfahren im Parlament – ermächtigen, **direkt mit den US-Behörden zusammenzuarbeiten** und einen **Schlussstrich unter die Vergangenheit** zu ziehen.

29. August

Die **USA** und die **Schweiz** unterzeichnen in Washington ein **Abkommen** und legen so den Grundstein zur **Beilegung des Steuerstreits.**

Grafik: Martin Ludwig